

Schriftenreihe des Forschungsinstitutes
für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg

Andrea Brait · Michael Gehler (Hg.)

Herausgegeben von
Robert Kriechbaumer · Franz Schausberger · Hubert Weinberger
Band 49

Grenzöffnung 1989

Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich

Mit einer CD

»Offene Grenzen, neue Barrieren
und gewandelte Identitäten. Meinungsumfrage 2011«
ausgewertet und bearbeitet von Andrea Brait



2014



Di-Wilfried-
Haslauer-
Bibliothek

BÖHLAU VERLAG WIEN · KÖLN · WEIMAR

Bonn – Budapest – Wien

DAS DEUTSCH-ÖSTERREICHISCHE WIRKUNGSZUSAMMENSPIEL ALS
KATALYSATOR FÜR DIE EROSION DES SED-REGIMES 1989/90

VORBEMERKUNG

Das Jahr 1989 hat mit der Öffnung der Berliner Mauer am 9. November als europäisches Großereignis globalhistorische Wirkungen entfaltet.¹ Bei der Auslösung dieses geschichtlichen Vorgangs spielten im Vorfeld die Ereignisse an der ungarisch-österreichischen Grenze im Juni, August und September eine ganz wesentliche Rolle. Das Verhältnis der österreichischen Akteure zu den revolutionären Geschehnissen in Mittel- und Osteuropa, die von Polen ihren Ausgang nahmen, die ungarische Grenzöffnung und das dabei bestehende Zusammenspiel zwischen Bonn, Budapest und Wien sowie die folglich massenhaft einsetzenden revolutionären Ereignisse in der DDR aus der Sicht der österreichischen Akteure stehen im Mittelpunkt dieses Beitrags.

I. ÖSTERREICHS AKTEURE UND MITTELEUROPA

1989 standen der Abschluss der KSZE-Nachfolgekonferenz, der Beginn der Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VVSBM) in Wien sowie der österreichische EG-Beitrittsantrag vom 14. Juli im Mittelpunkt der großkoalitionären Außenpolitik.² Maßgebliche Akteure waren Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPO), Vizekanzler und Außenminister Alois Mock (ÖVP) sowie der Wiener Vizebürgermeister und spätere Wissenschaftsminister Erhard Busek (ÖVP). Sie hätten von ihrem Charakter und Interesse her kaum unterschiedlicher sein können. Vranitzky betrachtete den mittelosteuropäischen Raum im Unterschied zu Busek von einer nüchternen Warte aus:

»Es gab mehrere Ansätze unter der Überschrift „Mitteleuropakooperation“. Ich bemühte mich dazu auf der bilateralen Ebene mit den jeweiligen Regierungen – notwendig

¹ Grosser, Pierre: 1989. *L'année où le monde a basculé*, Paris 2009.

² Gehler, Michael: Österreichs Weg in die Europäische Union, Innsbruck/Bozen/Wien 2009.

gerweise schon vor der sanften Revolution und selbstverständlich danach. Erhard Busek leistete wichtige Schriftmacherdienste durch Kontakte mit den ›Dissidenten‹ während der KP-Zeit, von denen nicht wenige ›danach‹ wichtige Funktionen bekleiden und bekleideten.«³

War Vranitzky westlich und international ausgerichtet,⁴ so war Busek deutlich mittel- und osteuropäorientiert. Nahezu im Alleingang knüpfte er schon vor 1989 Kontakte unterschiedlicher Intensität und stellte enge Beziehungen zu Regimekritikern und Oppositionsgruppen her. Der Blick von außen bestätigt hingegen den pragmatischen Zugang Vranitzkys und dessen Priorität für die Annäherung an die EG.⁵ Er räumte den Ereignissen 1989/90 auch in seinen Erinnerungen keinen prominenten Platz ein. Die österreichische Innenpolitik dominiert seine Darstellung. Mittelosteuropa war für ihn von geografischer Natur mit einer wirtschaftlich-kulturellen Dimension ohne politischen Gehalt.⁶ Er war, wie gesagt, international ausgerichtet und dabei keineswegs nur einseitig westorientiert:

»So verstanden, geht der Europagedanke weit über das hinaus, was heute Brüssel darstellt. Ich füge hinzu, daß ein umfassend kulturell verstandenes Europa nicht ausschließlich westlich fixiert sein darf. Es wäre kurzichtig, auf das creative Potential Osteuropas mutwillig oder fahrlässig zu verzichten. Hochmut steht uns im Westen nicht an. Wir sollten versuchen, unsererseits auch vom Osten zu lernen.«⁷

Mock war ein »glühender Verfechter« des EG-Beitritts, während der Kanzler als »milder Befürworter« galt.⁸ Der Außenminister sah sich der »Ostpolitik« von Bundeskanzler Josef Klaus (1964–1970) verpflichtet – Österreichs damalige Außenminis-

³ Zitat aus den persönlichen schriftlichen Mitteilungen von Dr. Franz Vranitzky für den Verfasser vom 5. Juni 2008, S. 3; Thurnher, Armin/Vranitzky, Franz: Franz Vranitzky im Gespräch mit Armin Thurnher, Frankfurt am Main 1992, S. 75; siehe auch Busek, Erhard: »Der strategische Vorteil der Österreichischen Diktatur und Demokratie. Erfahrungen in Mittelost- und Südosteuropa. Hildesheimer Europagespräche II (Historische Europastudien 10), Hildesheim/Zürich/New York 2013, S. 457–497.

⁴ Gehler, Michael: Paving Austria's Way to Brussels: Chancellor Franz Vranitzky (1986–1997) – A Banker, Social Democrat and Pragmatic European Leader, in: Journal of European Integration History (JEIH) 2/18 (2012), S. 159–182, hier S. 165–170.

⁵ Direkte Zitate des deutschen Journalisten: Sommer, Theo: Österreich, Deutschland und darüber hinaus, in: Keck, Edi/Krammer, Karl/Lederer, Heinz/Mailath-Pokorny, Andreas/Rathkolb, Oliver (Hg.): Die ersten 10 Jahre. Franz Vranitzky, Wien 1996, S. 146–155, hier S. 152.

⁶ Vranitzky, F./Thurner, A. 1992, S. 86.

⁷ Ebd., S. 49.

⁸ Österreich – Debatte über das strittige Thema Europa: Die Angst vor dem Echo aus Brüssel, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 30. Juni 1989, S. 3.

ter Bruno Kreisky (1959–1966) und Lujo Tončić-Sorinj (1966–1968) hatten erstmals Budapest, Bukarest und Warschau Besuche abgestattet. Bereits 1969 hatte Mock als Unterrichtsminister Václav Havel für den österreichischen Staatspreis für europäische Literatur vorgeschlagen. Auch später sollte er ähnliche Signale an Dissidenten aussenden: Er war der erste westliche Außenminister, der bei einem Besuch in Prag bei Außenminister Bohuslav Chmoupek im Juli 1987 den Oppositionellen Havel zu sehen wünschte. Im September 1988 traf er sich bei seinem Moskau-Besuch mit dem sowjetischen Regimekritiker Andrej Sacharow. Im Rahmen der KSZE-Nachfolgekonferenz in Wien (1986–1989) kam es zu bilateralen Gesprächen mit den Außenministern George Shultz, Edward Schewardnadsé, Geoffrey Howe und Hans-Dietrich Genscher. Bei dieser Gelegenheit setzte Mock angesichts der Verhaftung von Havel am 21. Februar 1989 die Anwendung des KSZE-Überprüfungsmechanismus für Menschenrechtsfragen in Gang.⁹

Gemeinsamkeiten zwischen Mock und Vranitzky bestanden in der Förderung von Regionalprojekten – wie der Quadrigonale (Österreich, Ungarn, Italien und Jugoslawien) bei einem Treffen am 11./12. November 1989 in Budapest sowie auch der Pentagonale (zuzüglich ČSFR) ab Mai 1990 – im Sinne der Entwicklung spezifischer Vorhaben in der engeren Region Mitteleuropas und der Multilateralisierung der österreichischen Außenpolitik.¹⁰

II. BONN, WIEN UND BUDAPEST: UNGARN SCHRITTWEISE ÖFFNUNG SEINER GRENZE ZU ÖSTERREICH

1. INTENSIVIERUNG DER ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN BEZIEHUNGEN IM FEBRUAR UND DER ABBAU DER GRENZANLAGEN IM MAI 1989

Wien hatte schon vor langer Zeit mit Ost-Berlin erfolglos über die Abschaffung der Sichtvermerkspflicht verhandelt. Ungarn lockerte dagegen seit 1986 sukzessive die

⁹ Bei seinem Besuch in Prag am 7. und 8. März 1990 traf er den neuen Staatspräsidenten Havel und Kardinal František Tomášek. Am 14. März konnte er beim Besuch in Budapest bei der Umbenennung der »Straße der Volksrepublik« in »Andrássy-Straße« mitwirken. Andrássy war von 1871–1879 k.u.k. Minister des Äußern gewesen. Vgl. Eichtinger, Martin/Wohnout, Helmut: Alois Mock. Ein Politiker schreibt Geschichte, Graz 2008, S. 191–192, hier S. 196.

¹⁰ Brix, Emilia: Die Mittleuropapolitik von Österreich und Italien im Revolutionsjahr 1989, in: Gehler, Michael/Giunta, Maddalena (Hg.): Italien, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland in Europa/Italy, Austria and the Federal Republic of Germany. Ein Dreiecksverhältnis in seinen wechselseitigen Beziehungen und Wahrnehmungen von 1945/49 bis zur Gegenwart/A Triangle Relationship: Mutual Relations and Perceptions from 1945/49 to the Present (Institut für Geschichte der Universität Hildesheim, Arbeitskreis Europäische Integration, Historische Forschungen, Veröffentlichungen 8), Wien/Köln/Weimar 2012, S. 455–467, hier S. 459.

Ausreisebestimmungen nach Österreich.¹¹ Aufgrund der schon unter KP-Chef János Kádár seit Ende der 1960er-Jahre eingeleiteten Annäherung Ungarns an den Westen hatte das Verhältnis zur DDR mehr und mehr gelitten.¹² Der Beschluss des Politbüros der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) zur Einführung eines weltweit gültigen Reisepasses vom 19. Mai 1987 war ein bemerkenswertes Zeichen. Die Sperranlagen an der Grenze zu Österreich verloren dadurch ihren Zweck zur Verhinderung der Flucht ungarischer Bürger.¹³ Der Befehlshaber der ungarischen Grenztruppen, Generalmajor János Székely, legte auf Verlangen des Innenministeriums am 5. Oktober 1987 ein streng geheimes Memorandum »über den technischen Zustand der am westlichen Grenzabschnitt errichteten elektronischen Signalanlage und über die Erfahrungen ihres Einsatzes« vor. Die Defizite und Misstände waren offenkundig. Trotz Verbesserungen wurde der Alarm nicht durch Flüchtlinge, sondern durch Wild oder wetterbedingte Einflüsse ausgelöst. Der vielfache Fehlalarm wirkte demotivierend auf die Grenztruppen. Székely schlug moderne Grenzsicherungsmaßnahmen vor. Die Personenkontrollen sollten aber bestehen bleiben.¹⁴

Der Abbau der Grenzanlagen wurde dann nach der Ablösung Kádárs im Mai 1988 denkbar. Im Februar 1989 entschied das Politbüro der USAP aus Kostengründen, die Signalzäune nicht mehr zu erneuern, und im März beschloss die ungarische Regierung konsequenterweise deren Demontage.¹⁵

Zur gleichen Zeit fanden abwechselnd auf dem ungarischen Schloss Nagycenk und auf österreichischem Boden in Rust im Burgenland erste Begegnungen zwischen Vranitzky und dem neuen ungarischen Ministerpräsidenten Miklós Németh in Form von Vieraugengesprächen im Delegationsrahmen statt. Themen waren die jeweilige wirtschafts- und innenpolitische Lage sowie die bilateralen Beziehungen. Was Németh Vranitzky berichtete, war im Sinne der Lockerung der Verhältnisse in Ungarn höchst aufschlussreich. Er sprach von einer »zweiten Reformára«, einem Prozess, der 1986 mit der Erkenntnis eingesetzt habe, dass Wirtschaftsreformen in alten politischen Strukturen nicht mehr durchführbar sein würden. Angestrebt wurden daher seit Mai 1988 in beschleunigter Form die Trennung von Staat und Partei, die Errichtung einer demokratischen, unabhängigen Rechtsstaats, die Entstehung eines »völlig neuen politischen Systems« und die rasche Schaffung von

¹¹ Klambauer, Otto: *Der Kalte Krieg in Österreich. Vom Dritten Mann zum Fall des Eisernen Vorhangs*, Wien 2000, S. 171.

¹² Vehres, Gerd: *Ungarn-Fan im Strudel der Gefühle*, in: Malchow, Birgit (Hg.): *Der Letzte macht das Licht aus. Wie DDR-Diplomaten das Jahr 1990 im Ausland erlebten*, Berlin 1999, S. 103–125, hier S. 107.

¹³ Vgl. dazu auch den Beitrag von László J. Kiss in diesem Band.

¹⁴ Gron, Stefan: »Partner DDR?« Zur Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik, Wien 2005 (gedruckte Diplomarbeit), S. 86f.

¹⁵ Klambauer, O. 2000, S. 173.

Voraussetzungen für eine Marktirtschaft durch ein Banken-, Steuerreform- und ein Körperschaftsgesetz.¹⁶

Die Frage eines Mehrparteiensystems bzw. des Pluralismus im Rahmen eines Einparteiensystems hatte laut Németh Bevölkerung und Partei in zwei Lager gespalten. Im Zuge der ZK-Sitzung vom 10./11. Februar 1989 war die Partei ihm zufolge initiativ geworden, und zwar im Interesse der Schaffung eines Mehrparteiensystems im Rahmen des Sozialismus, damit verschiedene Parteien mit verschiedenen Programmen in Wettspiel treten könnten. Keine für neue Parteien seien vorhanden. Mit tatsächlichen Parteigründungen sei im Laufe des Jahres zu rechnen, und in der Frage der Bewertung der Ereignisse des Jahres 1956 sei das ZK zu einem Kompromiss gelangt: Einerseits hätten sie den Charakter eines »Vollsaufstandes« gehabt, andererseits habe es sich gegen Ende um eine »Konterrevolution« gehandelt. Dieser »Bewertungsbeschluß« habe bewirkt, so Németh, dass die Partei nicht zerissen wurde und keine persönlichen Konsequenzen gezogen werden mussten, sodass die Hoffnung bestehе, Partei und Bevölkerung hätten die gleiche Sicht der Ereignisse. Németh vermittelte Vranitzky den Eindruck, Ungarn sei sich der großen Verantwortung als Pionier der politischen Reformen in der sozialistischen Welt »bewusst«. In Ungarn war Németh zufolge eine neue politische Wettbewerbssituation im Entstehen begriffen, auf die niemand vorbereitet sei. Eine Übergangszeit sei notwendig, was das ZK eingeplant habe. Für die Zukunft sei mit einer Koalitionsregierung zu rechnen. Németh sprach das Problem von Arbeitsbewilligungen für ungarische Arbeitnehmer in Österreich an, worauf Vranitzky Lösungen zusicherte. Das Projekt der mit Österreich geplanten (letztlich aber nicht realisierten) gemeinsamen Weltausstellung wurde laut Németh trotz kritischer Stimmen von der Regierung unterstützt. Als wesentlich wurden die gemeinsame Planung und Durchführung von Projekten (Joint Ventures) bezüglich Automobil- und Eisenbahnindustrie sowie die Erkundung (externer) Finanzierungsmöglichkeiten erachtet. Im Vieraugengespräch, z. T. im Beisein des burgenländischen Landeshauptmanns Johann Sipötz und seines Stellvertreters Franz Sauerzopf, wurden die Errichtung neuer Grenz- und Eisenbahnübergänge bei Panthaggen und Fertőakos/Mörbisch sowie die Prüfung einer Zollfreiheitszone in Sopron und die Konkretisierung dieses Vorschlags beim nächsten Treffen vereinbart. Vranitzky bekundete die feste Absicht, bei einem EG-Beitritt Österreichs die Neutralität zu wahren. Alle Beitragsbestrebungen seien so zu verstehen, dass die Pflege der »ausgezeichneten Beziehungen zu Ungarn nicht vernachlässigt« würden. Der vollständige Abbau der

¹⁶ Resuméprotokoll »Österreich-Ungarn; Grenztreffen HBK-MP Németh (13.2.-1989)« vom 14. Februar 1989, BMFA, Kt. Ungarn 1989, GZ 222.18.22/12-II.3/89; Graf, Maximilian: *Die Welt blickt auf das Burgenland 1989 – Die Grenze wird zum Abbild der Veränderung*, in: Graf, Maximilian/Lass, Alexander/Ruzicic-Kessler, Karlo (Hg.): *Das Burgenland als internationale Grenzregion im 20. und 21. Jahrhundert*, Wien 2012, S. 135–179.

technischen Grenzsperrern wurde von Németh bis 1991 angekündigt. Das bedeutete zugleich neue Verpflichtungen zwischen den beiden Staaten durch die Intensivierung der organisatorischen und technischen Zusammenarbeit.¹⁷

Genscher verfolgte seine eigene Art der Ungarn-Diplomatie und –Politik, die teilweise neben bzw. parallel zu der Helmut Kohls und Horst Teutschiks stand. Über ein Kabinettsmitglied der Bundesrepublik und über FDP-Politiker ließ er früh die Verhältnisse in Budapest sondieren. So zum Beispiel, als der deutsche Wissenschaftsminister Jürgen Möllemann (FDP) vom 15. bis 18. Februar auf Einladung des ungarischen Ministers für Kultur und Bildung, Tibor Czibere, Budapest besuchte. Der Austausch ging weit über Kulturfragen und Wissenschaftskooperationen hinaus.¹⁸

Im März erfolgte der Beitritt Ungarns zur Genfer Flüchtlingskonvention, der am 12. Juni in Kraft trat. Der Abbau der ungarischen Grenzanzlagen setzte am 2. Mai 1989 ein.¹⁹ Wien war von Ungarns Botschafter in Österreich, Janos Nagy, unterrichtet worden, der Mock ein Stück Stacheldraht vom Eisernen Vorhang überreichte. Der Außenminister wertete diese Handlung als Zeichen der ungarischen Bereitschaft zur Öffnung, hielt sich aber mit öffentlichen Erklärungen noch zurück, um »diesen politischen Lockerungsversuch Ungarns nicht [zu] gefährden«.²⁰ Vranitzky beobachtete die Entwicklung im Nachbarland ebenfalls. Am 25. Mai bestand unter den Regierungsmitgliedern Einigkeit, die ungarischen Reformbestrebungen zu unterstützen.²¹

Der Staatsratsvorsitzende und Chef des Politbüros der SED, Erich Honecker, ließ in einer ersten Reaktion Außenminister Oskar Fischer nach Moskau entsenden, um im Kreml gegen die Entscheidung der Budapester Regierung zu protestieren.²² DDR-Verteidigungsminister Heinz Keßler hatte dem Politbüro am 9. Mai über die beginnenden Demontagearbeiten an der ungarisch-österreichischen Grenze Bericht erstattet, jedoch versichert, dass mit dem ungarischen Demontagebeschluss auch der Streifendienst unter verstärktem Einsatz von für den Grenzdienst ausgebilde-

¹⁷ Resuméprotokoll »Österreich-Ungarn; Grenztreffen HBK-MP Nemet (13.2.1989)« vom 14. Februar 1989, BMfA, Kt. Ungarn 1989, GZ 222.18.22/1-2 II.3/89.

¹⁸ Fernschreiben »Besuch BM Möllemann in Ungarn, 15.-18.2.1989 in Budapest«, Deutsche Botschaft Budapest an Auswärtiges Amt, 20. Februar 1989, PA AA, ZA 140-701 E.

¹⁹ Minutös: Oplaka, Andreas: Der erste Riss in der Mauer. September 1989 – Ungarn öffnet die Grenze, Wien 2009, S. 87–104 und für die weitere Entwicklung: S. 154–199; Gaddis, John Lewis: Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte, München 2007, S. 302 f.; Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947–1991, München 2007, S. 443; Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009, S. 346.

²⁰ Mock, Alois: Mahnmal »Eiserner Vorhang« in: Sandgruber, Roman (Hg.): Der Eisernen Vorhang. Die Geschichte – Das Ende – Die Mahnung, Linz 1999, S. 5–8, hier S. 7 f.

²¹ Klambauer, O. 2000, S. 179.

²² Ebd., S. 178.

ten Diensthunden erhöht worden sei.²³ Mit dieser Erklärung hatte sich die DDR-Führung laut dem Historiker Stefan Gron zunächst zufriedengegeben und war damit auch davon ausgegangen, dass die ungarische Westgrenze weiterhin gesichert sei und die Regierung in Budapest auch ohne Sperranlagen an der Grenzsicherung festhalten werde. So sah man in Ost-Berlin keinen Anlass, die Urlaubsreisen zu verbieten, und bis Herbst 1989 konnten mehrere Tausend DDR-Bürger nach Ungarn fahren.²⁴

2. DIE DURCHTRENNUNG DES EISERENEN VORHANGS DURCH DEN ÖSTERREICHISCHEN UND DEN UNGARISCHEN AUSSENMINISTER AM 27. JUNI 1989 – EIN SYMBOLOTRÄCHTIG INSENZIERTES EREIGNIS MIT FOLGEN

Das Durchschneiden des Eisernen Vorhangs durch die Außenminister Alois Mock und Gyula Horn am 27. Juni betraf nur noch letzte Überreste der bereits weitgehend entfernten Stacheldrahtzäune. Die medial inszenierte symbolische Öffnung des Eisernen Vorhangs und die von Fernsehkameras gelieferten, weltweit verbreiteten Bilder der Vorgänge stimulierten die größte Fluchtwelle von DDR-Bürgern seit dem Mauerbau 1961. Beide Minister erörterten während eines Arbeitsfrühstücks im Rahmen des Belegschaftsvereins Gemeinschaften. Ungarn strebe ein Abkommen über Zollpräferenzen mit der EG an, wie es Jugoslawien besaß, und mittelfristig ein »echtes Freihandelsabkommen«. Dazu war eine vorausgehende Liberalisierung der ungarischen Wirtschaftsordnung und die Konvertibilität des Forint erforderlich. Gleichzeitig wollte Ungarn seine Zusammenarbeit mit der European Free Trade Association (EFTA) intensivieren, wobei sich Horn eine gemeinsame Erklärung der EFTA wie die gegenüber Jugoslawien vorstellte. Er regte bei Mock die Schaffung eines Sonderfonds der EFTA für Ungarn in der Größenordnung von 80–100 Mio. US-Dollar an, was zwar nicht die Sanierung der ungarischen Wirtschaft, aber Impulse für viele Unternehmen bewirken sollte. Was den Europarat betraf, zeigte sich Ungarn über die erreichte Annäherung zufrieden und bezüglich einer Vollmitgliedschaft »nicht ungeduldig«. Mock sagte die politische Unterstützung für eine ungarische EFTA-Annäherung zu und warf die Frage auf, ob nicht ein größerer Fonds für alle reformwilligen osteuropäischen Staaten geschaffen werden könnte. Horn unterstrich, dass Ungarn dem angestrebten EG-Beitritt Österreichs grundsätzlich positiv gegenüberstehe. Die Sorge galt der Er-

²³ Bericht Heinz Käßlers vom 6. Mai 1989, zitiert nach: Schlich, Gereon: »Verleumdung, Beleidigung und grobe Einmischung«. Die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze im Herbst 1989 im Spiegel der SED-Akten, in: Deutschland Archiv 2/32 (1999), S. 242–253, hier S. 243.

²⁴ Gron, S. 2005, S. 89.

haltung der besonderen Qualität der bilateralen Beziehungen.²⁵ Mock betonte, dass die österreichische Europapolitik auf zwei Säulen ruhe: der Teilnahme an der west-europäischen Integration (EG, EFTA, Europarat) und der Nachbarschaftspolitik. Im Hinblick auf den Stand und die absehbare Entwicklung der EG sah er keinen Grund für ungarische Besorgnisse. Horn gab zu verstehen, dass noch niemals zuvor so positive Aussichten für eine Einigung in der Abリストungsfrage bestanden hätten, »der Teufel sitze aber im Detail«. Als Beispiel nannte er die Probleme mit den Luftstreitkräften (»nicht alles sei in einem Arbeitsgang lösbar«). Erforderlich sei jedenfalls ein neuer politischer Impetus, der durch eine gemeinsame Erklärung auf hoher Ebene, am besten schon im Herbst des Jahres, erfolgen könnte. Mock stimmte zu und erinnerte an den Vorschlag von Schewerdanidse, eine Tagung auf Ebene der Staats- und Regierungschefs abzuhalten. Er erläuterte die pragmatische Rolle der »Non-aligned and Neutral (N+N-)States« im KSZE-Rahmen, die derzeit eher Zurückhaltung übten, aber trotz der Schwierigkeiten der internen Konsensfindung für Krisensituationen als Vermittler zur Verfügung stünden. Horn wollte die mangelnde Übereinstimmung über ein Abschlussdokument bei der Pariser KSZE-Tagung nicht dramatisieren. Man solle das Konsensprinzip nicht aufgeben, obwohl es auch Nachteile gebe. So öffne es ein bis zwei Ländern die Möglichkeit, Entscheidungen zu verhindern, wobei der ungarische Außenminister auf Rumänien hinwies. Er machte auch auf die große Bedeutung der Gemeinsamen Erklärung der Bundesrepublik und der UdSSR vom 13. Juni 1989 aufmerksam, in welcher die Notwendigkeit zur Änderung der inneren politischen Rahmenbedingungen und das Recht auf Selbstbestimmung der Deutschen festgeschrieben worden war.²⁶ Mock unterstrich den »Sprung nach vorne«, den das Wiener KSZE-Schlussdokument gebracht habe, sodass vom KSZE-Treffen in Paris über die »menschliche Dimension« wenig Neues zu erwarten gewesen sei. Wahrscheinlich werde auch Kopenhagen keine großen Fortschritte bringen, die sich die Sowjetunion wohl für das Moskauer Treffen 1991 vorbehalte.²⁷

²⁵ Vgl. dazu ausführlicher den Beitrag von László J. Kiss in diesem Band.

²⁶ Information >BRD-Sowjetunion; Gemeinsame Erklärung vom 15. Juni 1989, BMfA, Kt. 224.18.02-225.03.00/1989/50, GZ 225.01.01/17-II/3/89; »Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker«, in: Bulletin [der deutschen Bundesregierung], 15. Juni 1989, Nr. 61, S. 542-544, hier S. 542; Dokument 2: »Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Generalsekretär Gorbatjow Bonn, 12. Juni 1989«; Dokument 3: »Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Generalsekretär Gorbatjow Bonn, 13. Juni 1989«; Dokument 4: »Delegationsgespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Generalsekretär Gorbatjow Bonn, 13. Juni 1989«, in: Küsters, Hans-Jürgen/Hofmann, Daniel: Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998, S. 276-299; ergänzend: Hilger, Andreas (Hg.): Diplomatie für die deutsche Einheit. Dokumente des Auswärtigen Amts zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen 1989/90 (Schriftenreihe der Vierjahrshefte für Zeitgeschichte 103), München 2011.

²⁷ Amtsvermerk »Offizieller Besuch des ungarischen AM Horn; Gespräche mit HBM, 16. 6. 1989; Internationale Themen«, BMfA, Kt. ÖB Bonn/Res. 1989 (2b-5), GZ 222.18.23/25-II/SL/89, Zl. 187-Res/89.

Mock erläuterte die Grundsätze der österreichischen Haltung zu den Reformbestrebungen in Mittel- und Osteuropa: Es handle sich um souveräne Entscheidungen der jeweiligen Staaten. Österreich reagiere differenziert, d.h. es unterstütze die Reformen in Polen, Ungarn und der UdSSR im Rahmen seiner Möglichkeiten, wobei es sichtliche Zurückhaltung zu zeigen gelse, was Bulgarien, die ČSSR, die DDR und Rumänien angehe. Die Unterstützung dürfe nicht irritieren, wobei er für Hinweise immer dankbar wäre. Die Öffnung Osteuropas entwerfe nicht die Rolle Österreichs, sondern weite seine Möglichkeiten aus. Die einsetzende Entwicklung verringere die Systemunterschiede und stärke, weil spannungsmindernd, Frieden und Stabilität in Europa. Die österreichische Neutralität ermögliche einen qualifizierten Beitrag zum Geschehen. Aus der Entwicklung ergäben sich Chancen zur Überwindung der Phase der »friedlichen Koexistenz«, der nun eine Phase »breiter Kooperation« folgen könne. Langfristig könne dies zu einer dritten Phase, zu einem »Gemeinsamen Europäischen Haus«, führen.²⁸ Mock nahm dabei direkt Bezug auf Formeln von Nikita S. Chruschtschow und Michail Gorbatjow und sah darin eine Perspektive für eine dynamische Weiterentwicklung. Mit dem medial inszenierten, symbolträchtigen 27. Juni nahmen die Fluchtversuche von DDR-Bürgern über die ungarische Westgrenze zu. Unter ihnen verbreitete sich die Stimmung, »man könne da jetzt ganz einfach über die Grenze nach Österreich hinüberspazieren«,²⁹ wie der DDR-Botschafter in Budapest, Gerd Vehres, kritisierte. Die österreichischen Behörden vermerkten am 17. Juli, dass seit Beginn der Demonstrationen hundert Ostdeutsche über die »grüne Grenze« nach Österreich geflüchtet waren.³⁰ Viele Fluchtversuche misslangen allerdings, da die Grenze noch scharf kontrolliert wurde. Zudem versuchten nach Ungarn entsandte Mitarbeiter der DDR-Staatsicherheit Fluchtabseitschen zu verhindern. In der Folge nahm die Flüchtlingszahl dennoch deutlich zu, da Budapest aufgrund einer Direktive vom 8. August Personen, die beim unerlaubten Grenzübertritt gefasst wurden, nicht mehr in die DDR abschob, sondern lediglich ermahnte, in Zukunft derartige Versuche zu unterlassen.³¹

³. Das »PANEUROPA-PICKNICK«, EIN TODESFALL AN DER GRENZE UND DER DURCHBRUCH AUF SCHLOSS GYMNICHI BEI BONN IM AUGUST 1989

Am 13. August war Staatssekretär Jürgen Sudhoff vom Auswärtigen Amt zu ersten Gesprächen über die Flüchtlingsproblematik nach Budapest unterwegs, wo er mit

²⁸ Ebd.

²⁹ Vehres, G. 1999, S. 108.
³⁰ Angesichts einer Massenflucht von DDR-Bürgern über die ungarisch-österreichische Grenze öffnete Ungarn am 11. September die Grenze nach Österreich, in: Archiv der Gegenwart, 11. September 1989, S. 33743.

³¹ Gron, S. 2005, S. 90.

Horn konferierte, der wissen ließ, dass die DDR-Führung zwar vernieden hatte, Ungarn öffentlich zu verurteilen, doch hinter den Kulissen Ost-Berlin, Bukarest und Prag den Druck auf die ungarischen Reformer erhöhten.³²

Am 14. August informierte Horn die bundesdeutsche Regierung über den Entschluss, DDR-Bürger nicht mehr wie bislang zwangswise in ihre Heimat zurückzuschicken. Die massenhafte Fluchtbewegung und die steigende Zahl Ostdeutscher, die in der bundesdeutschen Botschaft in Budapest auf ihre Ausreise warteten, machten diese Reaktion erforderlich. Ungarn errichtete Notlager für solche DDR-Bürger, die nach Beendigung ihres Urlaubs nicht mehr nach Hause fahren wollten, und rief dazu auf, dass sich die beiden deutschen Staaten um eine Lösung bemühen.³³ Kohl erhielt während seines Österreich-Urlaubs in St. Gilgen einen Anruf von Németh, der mitteilte, dass kein Deutscher gegen seinen Willen in die DDR zurückgeschickt werde.³⁴

Ost-Berlin protestierte schließlich heftig gegen die »Untätigkeit« Budapests. Vehres überschüttete Horn mit Vorwürfen, für die Escalation der Lage verantwortlich zu sein, was »das deutsche Volk nicht verzeihen« könne. Horn erwiderte, dass Ungarn nichts dafür könne, wenn ostdeutsche Urlauber nicht mehr nach Hause wollten. Als Vehres auf die Einhaltung des bilateralen Abkommens über den Reiseverkehr von 1969 pochte, ging Horn in die Offensive und machte klar, dass diese Vereinbarung noch zu Kádárs Zeiten abgeschlossen worden sei.³⁵

Das unter der Schirmherrschaft von Otto und Walburga von Habsburg stehende und mit ungarischen Reformkomunisten, wie Imre Pozsgay, gemeinsam organisierte Picknick der Panneuropa-Union in der Grenzregion auf ungarischem Boden am 19. August sollte Signal- und Testcharakter mit Blick auf die Reaktion Moskaus haben. Ungarns Außenminister informierte Mock noch am gleichen Tage telefonisch über die Entscheidung der Budapester Regierung, die geöffneten Tore nicht mehr zu schließen. Er bat ihn, dies auch seinen Amtskollegen im Westen zu sagen. Mock informierte daraufhin mehrere westeuropäische Außenminister über diese sensationelle Nachricht.³⁶

Dieses Ereignis mit »Event«-Charakter war aber nicht für die Bereitschaft Ungarns zur offiziellen Grenzöffnung ausschlaggebend, sondern ein tragischer Zwischenfall:

³² Kohl, Helmut: Ich wollte Deutschlands Einheit. Dargestellt von Kai Diekmann und Ralf Georg Reuth, Berlin 1996, S. 68.

³³ Angesichts einer Massenflucht von DDR-Bürgern über die ungarisch-österreichische Grenze öffnete Ungarn am 11. September die Grenze nach Österreich, in: Archiv der Gegenwart, 11. September 1989, S. 337/43.

³⁴ Kohl, H. 1996, S. 70.

³⁵ Horn, Gyula: Freiheit, die ich meine. Erinnerungen des ungarischen Außenministers, der den Eisernen Vorhang öffnete, Hamburg 1991, S. 310–311.

³⁶ Klambauer, O. 2000, S. 181.

In der Nacht vom 21. auf den 22. August war der DDR-Bürger Kurt-Werner Schulz bei einem Handgemenge mit einem ungarischen Grenzbeamten erschossen worden. Eine Kugel soll sich aus der Maschinengewehr des Beamten gelöst haben. Der Vorfall ereignete sich auf österreichischem Territorium im Gemeindegebiet Lutzmannsburg. Nach Verständigung Österreichs durch die ungarischen Behörden trat umgehend eine Grenzkommission zur Klärung zusammen. Mock äußerte sein Bedauern über das tragische Geschehnis.³⁷

Ein weiterer Todest Fall ereignete sich einige Tage später. Ein 40-jähriger Ostdeutscher erlitt nach geglückter Flucht einen Herzinfarkt. Die Überführung der Leiche übernahm das Deutsche Rote Kreuz. Die Obduktion ergab, dass der Mann gesund, aber am Ende seiner Kräfte war. Fünf Tage lang hatte er ohne Essen in einer Budapester Kirche ausgeharrt, um seine Verlobte aus der Bundesrepublik zu treffen.³⁸ Németh gab viele Jahre später in einem TV-Interview bekannt, dass die tödlichen Zwischenfälle, vor allem der Tod von Schulz, zum Auslöser für die ungarische Bereitschaft zur Öffnung der Grenze wurden. Engste Mitarbeiter hatten Németh darauf aufmerksam gemacht, dass er angesichts des »aggressiven« Verhaltens von DDR-Flüchtlingen für weitere Zwischenfälle und Todesopfer die Verantwortung tragen müsse.³⁹ Die interne Entscheidung war gefallen, freilich aber noch nicht auf höchster Ebene zwischen Budapest, Bonn und Wien akkordiert.

Am 22. August wiederholte Kohl, der einen Tag zuvor aus dem Urlaub nach Bonn zurückgekehrt war, öffentlich seine Bereitschaft zu einem Treffen mit Honecker, wenn damit Erleichterungen für die Menschen in der DDR erreicht werden könnten. In seiner Verlautbarung hieß es:

»Wir alle sind in diesen Wochen durch die Berichte und Bilder aus Budapest und Ost-Berlin aufgewühlt, die uns vor Augen führen, wie Männer, Frauen und Kinder – unsere deutschen Landsleute – einen Weg in die Freiheit suchen. Niemanden in unserem Land darf das Schicksal dieser Menschen gleichgültig lassen.«⁴⁰

Die DDR-Flüchtlinge schllichen weiter durch Maiselfelder, waten durch Sümpfe, durchschwammen den Neusiedler See, robbten über Felder und nutzten jede unübersichtliche Stelle an der ungarisch-österreichischen Grenze. Sie ließen ihre Fahrzeuge, die »Trabbisse«, ja sogar die wertvolleren »Wartburgs« in Ungarn zurück. Laut dem bundesdeutschen Botschafter in Wien, Graf Dietrich von Brühl, hatte

³⁷ Mock bedauert tragischen Grenzwischenfall, APA-Bericht 0203 5 AI vom 22. August 1989.

³⁸ Kein Ende der Fluchtwelle von DDR-Bürgern, APA-Bericht 0117 5 AI vom 28. August 1989.

³⁹ 20 Jahre Panneuropa-Picknick, Bericht in der Nachrichtensendung »Zeit im Bild 2« (ORF) vom 19. August 2009 (zitiert nach O-Ton).

⁴⁰ Kohl, H. 1996, S. 68.

»die Stunde der Burgenländer« geschlagen. Ohne »ihre unschätzbare Hilfe für die Deutschen aus der DDR« hätte die Fluchtbewegung vor der Öffnung der Grenze nie das Ausmaß angenommen, die sie dann bekam. Diese Hilfe erstreckte sich von der Unterstützung bei der Flucht über erste Hilfemaßnahmen in den an der Grenze gelegenen Häusern und Informationen, wo Busse zur Botschaft bereitstanden, bis zu längeren Familienaufenthalten, wenn die Flüchtlinge erschöpft eintrafen. Bürgermeister der kleinsten Dörfer an der ungarischen Grenze richteten Betreuungsstationen in Sporthallen und ähnlichen Gebäuden ein.⁴¹

Sonnenbrände waren zu bekämpfen, Babys litten unter unzähligen Mückenstichen, ärztliche Hilfe – etwa bei der Verwendung von Salben – war notwendig. Spenden standen bereit: Spielsachen, Windeln, Kleidung, Nahrungsmittel und Medikamente bis hin zu Körperpflegemitteln, einschließlich des in der DDR nicht erhältlichen Duschgels. Die deutschen Botschaftsräumlichkeiten waren überfüllt. Reservierte Zimmer in einfachen Hotels reichten nicht mehr aus. Helmut Zilk, Bürgermeister von Wien, stellte Jugendherbergen zur Verfügung. Das Österreichische Rote Kreuz, der Malteserhilfsdienst und mehrere Wiener Pfarrgemeinden nahmen Flüchtlinge auf.⁴²

Die ungarische Regierung hatte mit der Freigabe der Ausreise der Flüchtlinge aus der deutschen Botschaft in Budapest praktisch und symbolisch gegen den Warschauer Pakt verstoßen. Zum ersten Mal durften ostdeutsche Bürger ohne Rückkehr in die DDR nach Westdeutschland ausreisen. Bisher mussten sie stets in ihre Heimatorte in der DDR zurückfahren und wurden von dort bestensfalls gegen ein hohes Lösegeld der Regierung der Bundesrepublik in den Westen entlassen. Die ungewöhnliche Gruppenausreise der Botschaftsflüchtlinge hingegen war neu.⁴³

Eine »große Lösung« für die in den Lagern lebenden Flüchtlinge erforderte Gespräche auf höchster Ebene. Sie rückte für Bonn näher, als der den Deutschen aufgeschlossene ungarische Botschafter in Bonn, István Horváth, Kohls außenpolitischen Berater Teltschik kontaktierte und den Wunsch Némeths vorbrachte, sich unter Wahrung höchster Diskretion mit dem deutschen Bundeskanzler so rasch wie möglich

⁴¹ Bericht von Botschafter i. R. Dr. Dietrich Graf von Brühl: Flucht in die Freiheit. Die Flüchtlingsbewegung aus Ungarn im Jahre 1989, o. O., o. J., S. 3, mit Begleitschreiben an den Verfasser vom 20. November 2005. Ich danke Herrn Botschafter von Brühl (!) ganz herzlich für die Verwertungsmöglichkeit dieses Berichts sowie zahlreiche Gespräche. Siehe auch den »Zeugen des Umbruchs« Brühl, Dietrich von: Deutsche Erfahrungen mit Österreich. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart. Festschrift für Rolf Steininger zum 65. Geburtstag, Innsbruck/Wien/Bozen 2007, S. 579–584; Schöne, Jens: The Peaceful Revolution. Berlin 1989/90 – The Path to German Unity, Berlin 2009, S. 53–69, hier S. 54–61; Interview von Andrea Brait und Michael Gehler mit Gräfin Maria Octavia von Brühl, Wien, 26. Februar 2013; Graf, M./Lass, A./Ruzicic-Kessler, K. 2012.

⁴² Ebd. (Brühl, D. o. J.), S. 4.

⁴³ Ebd. (Brühl, D. o. J.), S. 7.

zu treffen. Unter Beiziehung von Genscher, der sich gerade von einem Herzinfarkt erholte, und Kohls engsten Vertrauten Teltschik, Eduard Ackermann, Rudolf Seiters und Juliane Weber fand das Treffen unter großer Geheimhaltung statt, vor allem um das äußerst gespannte Verhältnis zwischen Budapest und Ost-Berlin nicht weiter zu verschärfen. Mit einer ungarischen Regierungsmaschine landeten Németh, Horn und Horváth am 25. August auf dem militärischen Teil des Flughafens Köln-Bonn und wurden von dort mit einem Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes zum Schloss Gymnich bei Bonn geflogen, wo das gewünschte Treffen stattfinden sollte.⁴⁴

Einen Tag nach der Ankunft ausgeflogener DDR-Botschaftsflüchtlinge aus Budapest in Wien-Schwechat also kamen Németh und Horn auf Gymnich zusammen, um geheime Gespräche mit Kohl und Genscher zu führen.⁴⁵ Németh berichtete von Informationen, wonach Honecker sich mit Nicolae Ceaușescu zusammengetan und gemeinsame Schritte gegen Ungarn geplant habe.⁴⁶ Im Laufe des Gesprächs bezüglich der Ausreise der deutschen Flüchtlinge in Ungarn bekräftigte Németh, dass eine Abschiebung zurück in die DDR nicht infrage komme, und fügte hinzu: »Wir öffnen die Grenze. Wenn uns keine militärische oder politische Kraft von außen zu einem anderen Verhalten zwingt, werden wir die Grenze für DDR-Bürger geöffnet halten.« Die Ausreise der Flüchtlinge solle bis Mitte September 1989 erfolgen.⁴⁷ Kohl war tief bewegt. Über die für ihn entscheidende Frage, wie Moskau auf die ungarischen Absichten reagieren würde, erhielt er Aufschluss in einem Telefonat mit Gorbatjow, nachdem er berichtet hatte, was er mit Németh und Horn besprochen hatte. Auf die Frage, ob mit seiner Unterstützung zu rechnen sei, schwieg Gorbatjow

⁴⁴ Kohl, H. 1996, S. 71f.

⁴⁵ Über dieses Gespräch siehe den Vermerk Genschers vom 25. August 1989 in: Küsters, Hans-Jürgen/Hofmann, Daniel: Dokumente zur Deutschlandschlösser vom 25. August 1989 in: Küsters, Hans-Jürgen/Hofmann, Daniel: Deutsche Einheit Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998, S. 377. Der Vermerk selbst beinhaltet allerdings kein Wort von der Öffnung der ungarischen Grenze für die DDR-Flüchtlinge, sondern hält lediglich die schwierige wirtschaftliche Lage Ungarns fest, die von Ministerpräsident Németh benichtet wurde; ohne dass sie die Rolle Österreichs und Mocks im Zusammenhang mit der österreichisch-ungarischen Grenzöffnung erwähnen, siehe die Standardwerke von Rödder, Andreas: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009, S. 72–75; Schwarz, Hans-Peter: Helmut Kohl. Eine politische Biographie, München 2012, S. 526. Im Unterschied zu Rödder und Schwarz siehe Grosser, P. 2009, S. 44f. und Kowaleznik, I.-S. 2009, S. 350–351, S. 377, die das historische Faktum berücksichtigen.

⁴⁶ Kohl, H. 1996, S. 71f.

⁴⁷ Ebd. Am Ende der Aufzeichnung folgt zu den Flüchtlingen eine versteckte Annmerkung, ebd., S. 380; siehe auch Kohl, Helmut: Erinnerungen 1982–1990, München 2005, S. 915–923, hier S. 921–923; bezüglich der Instrumentalisierung des DDR-Flüchtlingsproblems und des intensivierten Reformprozesses in Mitteleuropa siehe Sawczak, Janusz: Turbulentes 1989. Genese der deutschen Einheit (Nationalisms across the Globe 6), Oxford/Bern/Bрюссель/Frankfurt am Main/New York/Wien 2011, S. 174–206.

zunächst, um dann vielsagend zu antworten. »Die Ungarn sind gute Leute.« Für Kohl war ab diesem Moment klar, dass Németh und Horn nicht auf eigene Faust gehandelt hatten, sondern sie sich des »Segens« aus Moskau sicher waren. Für Kohl war das »abseits der Öffentlichkeit im Dreieck Bonn – Budapest – Moskau« Vereinbarte ausschlaggebender als das ohnedies schon funktionierende Kooperationsdreieck Bonn – Wien – Budapest.⁴⁸

Am 21. August hatte Genscher bereits in einem Interview erklärt, man ermuntere niemanden in der DDR, die Heimat zu verlassen. Wer aber komme, dem müsse in der Not geholfen werden. Im gleichen Atemzug teilte er mit, dass er seine »fähigsten Mitarbeiter« eingeschaltet habe, um Hilfe sicherzustellen. Er nannte den ehemaligen Regierungssprecher und Staatssekretär im Auswärtigen Amt Jürgen Sudhoff und seinen Kabinettschef Michael Jansen. Sudhoff hielt sich mehrfach in Budapest auf, Jansen weilte sowohl in Budapest als auch in Wien. Jansen war für die Organisation der Hilfe in Österreich die entscheidende Person. Er hatte Botschafter von Brühl, der sich vorsorglich in Tirol »im Urlaub« befand, auf seinen Posten zurückberufen, woraufhin dieser noch am gleichen Tag nach Wien reiste. Jansen war am 25. August in Wien, um von Mock die österreichische Zustimmung für die Durchreise zu erhalten, die dieser umgehend erteilte. Wichtige Details wurden zwischen dem 28. August und dem 10. September mit dem Leiter der Konsularabteilung des Außenministeriums, Botschafter Erik Nettel, und seinem Stellvertreter Erich Kussbach geklärt und Einvernehmen erzielt. Von Brühl erinnert sich:

»Es waren angenehme Gespräche. Das Ziel war klar: Der Weg musste gebahnt werden. Aber gestaltete sich nicht so einfach, wie es sich heute anhört, war doch Österreich durch einen Vertrag mit Berlin-Ost gebunden, nur solche Personen aus der DDR einzureisen zu lassen, die über ein Einreisevisum verfügten.«⁴⁹

DDR-Außenminister Oskar Fischer hatte beim Kurzbesuch Horns in Ost-Berlin am 31. August noch offen gedroht und anschließend dem erkrankten Honecker berichtet, dass Ungarn »Schritte zur Ermöglichung der Flucht der DDR-Bürger vorbereitet, die sich alle gegen die Interessen der DDR richten. Diese Maßnahmen sind offenbar bereits mit der BRD und über die BRD mit Österreich abgestimmt.«⁵⁰ Nachdem Horn die Entscheidung seiner Regierung hartnäckig verteidigt hatte, überlegte die DDR-Führung, auf Österreich einzuwirken, um den Flüchtlingsstrom einzudämmen. Fischer legt in einer Politbürositzung am 5. September einen Katalog von außenpolitischen Maßnahmen vor. Für besonders wichtig hält er »ein schnelles

Gespräch mit Österreich, da Mock unser bisheriges Stillschweigen als Einverständnis betrachten könnte. Man müsse verdeutlichen, dass Österreich »alles unterlassen sollte, was die Spannungen verschärft.«⁵¹ Volkstammerpräsident Horst Sindermann bekräftigte: »Man muß mit Vranitzky sprechen: Fallen Sie schon wieder auf den deutschen Chauvinismus herein?«⁵²

Das wichtigste Problem war für Österreich mit Blick auf die Wahrung des Neutralitätsstandpunkts die Frage, wie die Durchreise der Flüchtlinge zu organisieren sei. Die Regierung blieb bei ihrer Entscheidung, die sie schon bei den Botschaftsflüchtlingen aus Budapest getroffen hatte: Das Österreichische Rote Kreuz (ÖRK) wurde beauftragt und damit deutlich gemacht, dass es sich um eine humanitäre Aktion handelte. Dabei waren die Nutzung privater Busse und das Heraushalten der staatlichen Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) aus dem Transport zur Wahrung des Neutralitätsstandpunkts dienlich. Eine Kombination von Schiene und Bus oder gar ein Transport nur auf der Schiene war auszuschließen, weil sich die großen Lager in Ungarn nicht in der Nähe von Bahnhöfen befanden. Die Zahl der Flüchtlinge war zu groß. Es war nicht machbar, diese Vielzahl von Menschen umzuladen. Die Masse der Flüchtlinge sollte daher mit Reisebussen auf drei großen Routen, die vom ÖRK mit Betreuungs- und Versorgungsstellen vorbereitet wurden, an die deutsche Grenze gebracht werden.

An den Betreuungsstationen an den österreichisch-ungarischen Grenzstellen gaben ÖRK-Helferinnen und -Helfern jedem »Trabbi«-Fahrer, der sich als DDR-Bürger ausweisen konnte, 700 Schilling, die für den Kraftstoffverbrauch bis zur deutschen Grenze ausreichten. Das ÖRK bereitete Karten vor, auf denen die Durchfahrtsweg verzeichnet waren. Das Problem des Visumvertrags zwischen Österreich und der DDR wurde von Wien im Sinne einer »österreichischen Lösung« flexibel geregelt: In jedem Ausweis der DDR-Flüchtlinge wurde ein loses Blatt mit Visumstempel eingeklebt. Nur der Name des Flüchtlings wurde eingetragen, und die Einreise war genehmigt. Das Einlegebllatt wurde an der deutschen Grenze wieder herausgenommen, womit dem Visumsabkommen Genüge getan war. Für die deutsche Botschaft in Wien galt die Weisung aus Bonn: »Geld spielt keine Rolle.« Die Kosten wurden dem ÖRK ersetzt.⁵⁴

⁵¹ Protokoll der SED-Politbürositzung vom 5. September 1989, in: Stephan, Gerd-Rüdiger (Hg.): »Vorwärts immer, rückwärts nimmer!« Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin 1994, S. 119.

⁵² Ebd., S. 123.

⁵³ Brühl, D. o. J., S. 8; Jansen, Michael: »Vielleicht sah Genscher mit der Deutschen Einheit seine Mission nach achtzehn Jahren als erfüllt an«, in: Gehler, Michael/Meyer, Hinrich (Hg.): Deutschland, der Westen und der europäische Parlamentarismus. Hildesheimer Europagespräche I (Historische Europa-Studien 5), Hildesheim/Zürich/New York 2012, S. 148–177, hier S. 169 f.

⁴⁸ Kohl, H. 1996, S. 75.

⁴⁹ Brühl, D. o. J., S. 7.

⁵⁰ Nach amtlichen Dokumenten zitiert bei Kohl, H. 1996, S. 80f.

4. OFFIZIELLE GRENZÖFFNUNG UND EINE DENKWÜRDIGE EUROPA-REDE GENSCHERS IN WIEN AM 14. SEPTEMBER

Wenige Stunden vor seiner Abreise zum CDU-Bundesparteitag erhielt Kohl von Horváth die Nachricht aus Budapest, dass die Grenzöffnung unmittelbar bevorstehe. Das zeitliche Zusammentreffen dieses Ereignisses mit dem Bremer Parteitag gab Kohl die Gelegenheit, die putschartigen Angriffe seiner innerparteilichen Kritiker um Kurt Biedenkopf, Heiner Geißler, Lothar Späth und Rita Süssmuth abzuwehren. Der Zeitpunkt des Bekanntwerdens verdankte sich einem Zufall, und zwar dem Aufenthalt des außenpolitischen Sprechers der SPD-Bundestagsfraktion Karsten Voigt in Ungarn. Dieser hatte sich Anfang September zu Gesprächen in Budapest aufgehalten und war von Horns Staatssekretär László Kovács unter dem Siegel höchster Verschwiegenheit unterrichtet worden, dass die ungarische Regierung die DDR-Bürger am 6. September ausreisen lassen werde. Noch in Budapest brachte Voigt dies jedoch westdeutschen Reportern zur Kenntnis, wodurch die Sache alsbald publik war, worauf die Ungarn beschlossen, den Termin auf die Nacht vom 10. zum 11. September zu verschieben, was Kohl mit Blick auf die innerparteilichen Frondeure in Bremen zu Hilfe kam.⁵⁵

Vehres benachrichtigte am 8. September die DDR-Führung über die bevorstehende Öffnung der Grenze für den 11. September ab 0 Uhr. Nicht mehr rückwillingen DDR-Bürgern werde ab diesem Zeitpunkt die Ausreise in Drittländer ermöglicht, wenn diese bereit seien, sie durchzulassen oder aufzunehmen.⁵⁶ Der ostdeutsche Diplomat sah bereits das deutsch-österreichische Zusammenspiel voraus: Das österreichische Außenministerium bekräftigte seine Bereitschaft zur Genehmigung des Transits der DDR-Bürger ohne Visum, falls die Bundesrepublik die Aufnahme gewährleiste. In diesem Falle werde die Bundesrepublik nicht einmal zu einer öffentlichen Erklärung gezwungen. Eine interne Mitteilung Bonns an Wien genüge, dass die Aufnahme der DDR-Bürger garantiert sei.⁵⁷

Wie von Brühl in einem Telefax an das Auswärtige Amt meldete, funktionierte die deutsch-österreichische Kooperation über die amtlichen und Rot-Kreuz-Stellen via Bonn – München – Wien – Budapest in den entscheidenden Tagen reibungslos:

»Bei der [bundesdeutschen] Botschaft [in Wien] meldeten sich am 11.09.89 mehr als 500 Einzelpersonen, die wie bisher weitergeleitet wurden: Fahrkarte nach Gießen oder Schöppingen, Zehrgeld, sonstige Kosten. Am 12.09. liefen auf diese Weise rd. 200, am

13.09. rd. 250 Personen durch. [...] Aus Budapest liefen am 12.09. noch 4 Busse des OERK [Österreichischen Roten Kreuzes] ab, die am 11.09. noch nicht genutzt worden waren. Am 13.09. liefen 7 Busse ab, die neu nach Budapest entsandt worden waren. Die Busse fassen etwa je 50 Personen. [...] Eine Koordinationsgruppe, bestehend aus Vertretern des OERK, des OEAM [Österreichischen Außenministeriums], des OEIM [Österreichischen Innenministeriums] und mir traf sich am 11. und 13.09. und löste sich am 13.09. auf. Bei den Gesprächen wurden im Wesentlichen Detailfragen erörtert. [...] Die Zusammenarbeit mit dem Koordinator der Einsatzleitung in München war hervorragend, auch während der betreffenden Nächte. So konnten Schwierigkeiten jeweils in höchstens 2 Stunden gelöst werden. Trotz Überlastung der Telefonleitungen war auch die Zusammenarbeit mit der [bundesdeutschen] Botschaft Budapest sehr gut.«⁵⁸

Am 10./11. September wurde Ungarns Grenze zu Österreich tatsächlich zur freien Ausreise geöffnet. Kohl kannte das Datum infolge einer Abmachung von Teltschik mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Németh seit dem 4. September. Genscher war spätestens seit dem 7. September im Bilde, nachdem Horn in Budapest Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes informiert hatte. Bonn hatte Budapest zudem erhebliche finanzielle Zusicherungen gegeben (insgesamt rund eine Milliarde DM, die Hälfte kam vom Bund, die andere von Ländern, v. a. von Bayern und Baden-Württemberg) und damit die schon vorhandene ungarische Bereitschaft zur Freigabe der Grenzöffnung noch verstärkt.⁵⁹

Erleichtert konnte Kohl am Rande des Bremer Parteitags die Meldung verkünden, die seine innerparteilichen Gegner zum Verstummen brachte:

»Vor wenigen Minuten hat der ungarische Außenminister die Entscheidung seiner Regierung bekanntgegeben, daß ab heute nach null Uhr Deutsche aus der DDR in ein Land ihrer Wahl von Ungarn aus ausreisen können. Wir wissen sowenig wie die ungarischen Behörden, wie groß die Zahl unserer Landsleute aus der DDR ist, die gegenwärtig in Ungarn sind und die Chance wahrnehmen, Ungarn verlassen zu können.

Das erste, was ich sagen darf, ist ein Wort des herzlichen Dankes an die ungarische Regierung und an die ungarischen Behörden. Wir sind uns nicht zuletzt auf Grund unserer Gespräche in den vergangenen Wochen sehr wohl bewußt, welche Entscheidung die ungarische Regierung getroffen hat. Es ist eine Entscheidung der Menschlichkeit, es

⁵⁸ »Fernschreiben Transit von DDR-Flüchtlingen durch Österreich, hier: die ersten 3 Tage vom 11. bis 13.09.1989«, PA AA, ZA 147.168.

⁵⁹ Oplatka, A. 2009, S. 216–230, hier S. 223–230. Teltschik hatte schon seit 1984 Kontakte mit ungarischen Politikern hergestellt, u.a. mit Németh, dem späteren Ministerpräsidenten. Vgl. dazu Interview von Michael Gehler mit Horst Teltschik in Hildesheim, 25. Juni 2014

⁵⁵ Kohl, H. 1996, S. 80.

⁵⁶ Erstes Fernschreiben von DDR-Botschafter Vehres vom 8. September 1989, in: Kohl, H. 1996, S. 134f.

⁵⁷ Ebd., S. 133f.

ist eine Entscheidung der europäischen Solidarität. Und ich bin für diese Entscheidung sehr, sehr dankbar.

Ich will gleichzeitig die Gelegenheit wahrnehmen, allen in Ungarn, aber auch allen in Österreich – das gilt auch für die österreichische Regierung und für viele Bürgerinnen und Bürger im Burgenland –, sehr herzlich zu danken. Danken dafür, daß sie sich um die Deutschen aus der DDR, die jetzt in Ungarn sind oder, aus Ungarn kommend, in den letzten Wochen die Grenze überschritten haben und nach Österreich kamen, in einer besonderen Weise bemüht haben.⁶⁰

Zwei Tage später telegraфиerte Kohl an Németh:

»Für den großherzigen Akt der Menschlichkeit, den Ihr Land in diesen Tagen Tausenden meiner Landsleute erweist, möchte ich Ihnen im Namen aller Deutschen aufrichtig danken. In meinen Dank schließe ich Ihre Mitarbeiter, insbesondere Herrn Außenminister Horn, sowie die karitativen Organisationen und alle Bürger Ihres Landes ein, die in den vergangenen Wochen großzügig und selbstlos geholfen haben. Die weltweite Zustimmung, die Ihre Politik jetzt erntet, würdigt den Mut und die Entschlossenheit Ihres Handelns genauso wie Ihre humanitären Beweggründe, die in den besten Traditionen Europas wurzeln und auf den festen Boden der KSZE-Dokumente von Helsinki, Madrid und Wien gegründet sind. Ihre Politik ist richtungweisend und vorbildlich für eine europäische Friedensordnung, in der der Mensch mit seiner Würde und seinen Rechten im Mittelpunkt der Politik steht.

Herr Ministerpräsident, was Ungarn in diesem Tagen für uns geleistet hat, werden wir nie vergessen. Sie haben in überwältigender Weise Ihr Wort gehalten, sich für die menschliche Lösung eines Problems einzusetzen, das in der deutschen Teilung begründet ist. Auch ich stehe meinerseits zu dem, was wir während Ihres kurzlichen Besuchs in der Bundesrepublik besprochen haben.⁶¹

⁶⁰ Zu den Hintergründen und den detailliert geschilderten Entwicklungen siehe Oplatka, A. 2009, S. 170–184, 184–199 sowie 199–30; ohne auf die deutsch-österreichisch-ungarische Zusammenarbeit im Sommer 1989 auch nur im Ansatz eingehen: Lehmann, Ines: Die Außenpolitik der DDR 1989/90. Eine dokumentarische Rekonstruktion, Baden-Baden 2011; zur Außen- und Europapolitik von Kohl: Buchstab, Günter/Kleinmann, Hans-Otto (Bearb.): Helmut Kohl. Berichte zur Lage 1989–1998. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 64), Düsseldorf 2012, S. XXXII–XXXVI, XL–XLIII, 12–14, 38f., sowie dort die Dokumente: 9. Oktober 1989 (S. 11–17); 6. November 1989 (S. 36); 15. November 1989 (S. 37–39, 43–48); 27. November 1989 (S. 52–59); 15. Jänner 1990 (S. 71–75); und 11. Juni 1990 (S. 145–150).

⁶¹ Rede des Bundesministers des Auswärtigen in der National-Bibliothek in Wien, Bonn, 14. September 1989, Sperrfrist: 17 h, Hans-Dietrich Genscher, »Europäische Gemeinschaft – Auf dem Weg zur Europäischen Union. Das ganze Europa – Auf dem Weg zu sich selbst«. Es gilt das gesprochene Wort. Abfälle der Redezettel enthalten handschriftliche Ergänzungen von Brühl betreffend Abweichungen Genschers vom vorliegenden Redetext (DvB), Privatnachlass Dietrich Graf von Brühl, Reitenschöf. Der Redetext findet sich interessanterweise nicht in: Genscher, Hans-Dietrich. Unterwegs zur Einheit. Reden und Dokumente aus bewegter Zeit, Berlin 1991.

wurde erst gar kein Beschluss mehr gefasst. In einer Protestnote forderte Ost-Berlin von Budapest, die Grenzöffnung unverzüglich rückgängig zu machen, was ungern zurückgewiesen wurde. Ungarn berief sich auf die Wiener Vertragsrechtskonvention und die clausula rebus sic stantibus.⁶²

Die UdSSR verhielt sich im bilateralen Konflikt zwischen Ost-Berlin und Budapest punktuell neutral, während das aufeinander abgestimmte Dreieck Bonn – Wien – Budapest den Transfer von Zehntausenden Ostdeutschen in den Westen organisierte und damit einen weiteren Keil in die verunsicherten »Ostblock«-Staaten trieb. Dem kommunistisch-orthodoxen Dreieck Ost-Berlin – Prag – Bukarest standen die reformorientierten Polen und Ungarn und ihre Verbindung mit Österreich und der Bundesrepublik Deutschland gegenüber.

Drei Tage nach der Grenzöffnung, am 14. September, hielt Genscher eine denkwürdige, ja historische Rede in der Österreichischen Nationalbibliothek in Wien, die von der Zeitgeschichtsforschung bisher völlig unbeachtet geblieben ist. Sie trug den Titel: »Europäische Gemeinschaft – Auf dem Weg zur Europäischen Union. Das ganze Europa – Auf dem Weg zu sich selbst«.⁶³

Ein erster Hintergrund lässt sich unschwer erraten. Es ging um eine Darstellung des Sachstands der Entwicklung in den Europäischen Gemeinschaften, hatte doch Österreich in Brüssel seit Juli seinen EG-Beitrittswunsch deponiert. Doch es gab noch einen viel näherliegenden aktuellen Anlass: Genscher sprach seine Dankbarkeit dafür aus, »hier in Wien, in dieser durch und durch europäischen Stadt«, sprechen zu können, und dankte »der österreichischen Bundesregierung und allen Österreichern [...] für das Verständnis und für die Hilfsbereitschaft, mit denen sie unsere deutschen Mithäger aus der DDR empfangen haben«. Er pries das Gastland über die Maßen: »Österreich bringt damit eine Gesinnung zum Ausdruck, die ihre Wur-

⁶² Zu den Hintergründen und den detailliert geschilderten Entwicklungen siehe Oplatka, A. 2009, S. 170–184, 184–199 sowie 199–30; ohne auf die deutsch-österreichisch-ungarische Zusammenarbeit im Sommer 1989 auch nur im Ansatz eingehen: Lehmann, Ines: Die Außenpolitik der DDR 1989/90. Eine dokumentarische Rekonstruktion, Baden-Baden 2011; zur Außen- und Europapolitik von Kohl: Buchstab, Günter/Kleinmann, Hans-Otto (Bearb.): Helmut Kohl. Berichte zur Lage 1989–1998. Der Kanzler und Parteivorsitzende im Bundesvorstand der CDU Deutschlands (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 64), Düsseldorf 2012, S. XXXII–XXXVI, XL–XLIII, 12–14, 38f., sowie dort die Dokumente: 9. Oktober 1989 (S. 11–17); 6. November 1989 (S. 36); 15. November 1989 (S. 37–39, 43–48); 27. November 1989 (S. 52–59); 15. Jänner 1990 (S. 71–75); und 11. Juni 1990 (S. 145–150).

⁶³ Rede des Bundesministers des Auswärtigen in der National-Bibliothek in Wien, Bonn, 14. September 1989, Sperrfrist: 17 h, Hans-Dietrich Genscher, »Europäische Gemeinschaft – Auf dem Weg zur Europäischen Union. Das ganze Europa – Auf dem Weg zu sich selbst«. Es gilt das gesprochene Wort. Abfälle der Redezettel enthalten handschriftliche Ergänzungen von Brühl betreffend Abweichungen Genschers vom vorliegenden Redetext (DvB), Privatnachlass Dietrich Graf von Brühl, Reitenschöf. Der Redetext findet sich interessanterweise nicht in: Genscher, Hans-Dietrich. Unterwegs zur Einheit. Reden und Dokumente aus bewegter Zeit, Berlin 1991.

zeln in den besten Traditionen der europäischen Kultur- und Geistesgeschichte hat.« Im gleichen Atemzug übermittelte er auch den Dank

»hinüber nach Ungarn an das ungarische Volk und an seine Regierung, die sich mit ihrer ebenso menschlichen wie mutigen Entscheidung zu den großen Traditionen der ungarischen Geschichte und zu Europa bekannt haben. Wir werden das niemals vergessen. Diejenigen bei uns, die bei den Reformen in Mittel- und Osteuropa immer wieder, [DrB] Taten statt Worte einfordern, sollten erkennen, das war eine Tat, eine Tat der Menschlichkeit. Europa besint sich auf sich selbst, das europäische Haus entsteht. Wie es entsteht und wann es vollendet wird, das ist auch in unsere Hand gelegt. [Bewegende Bilder/historische Entwicklung, DvB].«⁶⁴

Genschers Ausführungen zeugen von bemerkenswertem Optimismus und erstaunlichem Weitblick, wobei er, ermöglicht durch den anvisierten Binnenmarkt und die Wirtschafts- und Währungsunion im Rahmen der EG, ein neues und friedliches Europa am nicht mehr allzu fernen Horizont verhieß. Man lebe »in einer Zeit, in der die globalen ökonomischen und politischen Bedingungen für das kommende Jahrhundert nachhaltig vorgeprägt werden«. Traditionelle wirtschaftliche Machträume würden an Gewicht »zugunsten neuer regionaler Wachstumszentren« verlieren und althergebrachte Strukturen internationaler Arbeitsteilung ihr regionales und sektorales Profil verändern:

»Geopolitische Macht- und Einflussphären beginnen sich aus ihrer Erstarrung zu lösen. In Europa stehen wir vor neuen und realistischen Chancen für die Gestaltung einer gemeinsamen Zukunft. Die neue Dynamik des europäischen Einigungsprozesses in der Europäischen Gemeinschaft, die atemberaubenden Reformen in der Sowjetunion und anderen Staaten des Warschauer Pakts, die Annäherung im West-Ost-Verhältnis – all dies sind Entwicklungen von historischer Dimension. Die Europäische Gemeinschaft ist ein Kernelement der heutigen und der zukünftigen Struktur Europas.

Sie ist ein Beispiel schon verwirklichter europäischer Friedensordnung. Sie ist der größte und schönste Sieg der europäischen Geschichte, sie ist der Sieg über nationalen Egoismus, sie ist ein Sieg, der kein Menschenleben und keinen Tropfen Blut kostete. Die Dynamik und die Anziehungskraft der Europäischen Gemeinschaft entfalten sich immer mehr.«⁶⁵

Die Wirtschafts- und Währungsunion wurde nicht auf dem Altar der deutschen Einheit geopfert. Wie Genscher in Wien deutlich mache, war dieses Vorhaben schon

längst abgesprochen. Die geplante Einheitswährung entsprach für Genscher »dem Gebot der politischen und ökonomischen Konsequenz und Glaubwürdigkeit«. Er verwies auf den Februar 1988, als er ein Memorandum zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Währungsraums und einer europäischen Zentralbank vorgelegt hatte, um »eine substantielle Diskussion in Gang zu bringen«. Er räumte ein, nicht sicher gewesen zu sein, »daß es in einer so kurzen Zeit gelingen würde, solche weitgehenden Beschlüsse des Europäischen Rats [in Hannover, MG] herbeizuführen«.⁶⁶ Dieser hatte schließlich im Juni 1989 in Madrid einstimmig beschlossen, die erste Stufe der schrittweisen Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli 1990 zu beginnen und eine Regierungskonferenz zur Festlegung der anschließenden Stufen zusammenzutreten zu lassen, sobald die erste Stufe begonnen haben würde. Die zwölf Finanzminister der EG hatten wenige Tage zuvor in Antibes grundsätzliche Einigung über eine Stärkung der Rolle des Ausschusses der EG-Nobenbankgouverneure erzielt.

Genscher hielt fest, dass dieser Ausschuss »zu einem Nukleus für ein europäisches Zentralbanksystem werden« könne. Weitgehende Einigkeit bestehe »über die Notwendigkeit einer verstärkten wirtschaftspolitischen Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten«. Nach weiteren Ausführungen über die Realisierung der Währungsunion widmete sich Genscher dem »Brief Österreichs« nach Brüssel:

»Wir unterstützen den österreichischen Beitrittsantrag nachhaltig. Wir werden innerhalb der Europäischen Gemeinschaft entschiedene Gegner eines Ausschlusses neuer Mitglieder, wir werden entschlossene Anwälte einer für die Erweiterung offenen Europäischen Gemeinschaft sein. *Wir können nicht denn zustimmen, die Bedenken haben.* [DvB]. Österreich gehört zu den Ländern, die auf den Beitritt gut vorbereitet sind. Die europäische Gesinnung seiner Bürger muß den Vergleich mit niemandem in der Gemeinschaft scheuen. Nicht die Europäische Gemeinschaft oder einzelne ihrer Mitglieder als Vormund, sondern das souveräne Österreich selbst muß entscheiden, ob sein Status eine Mitgliedschaft mit allen Rechten und Pflichten auch in der Perspektive der Europäischen Union zuläßt.«⁶⁷

Im letzten Teil seiner Rede widmerte sich Genscher ganz der aktuellen Entwicklung der ostdeutschen Flüchtlingsbewegung, indem er betonte, dass es im wohlverstandenen politischen und wirtschaftlichen Interesse der Bundesrepublik liege, die Reformpolitik in den Ländern Mittel- und Osteuropas erfolgreich fortzuführen, die er als Politik begriff, die auf Freiheit und auf der Achtung der Menschenrechte gegründet sein müsse. Die Reformer benötigten wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit. Man dürfe sie nicht bußen und bezahlen lassen für die Fehler ihrer Vorgänger.

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ Ebd.

ger. Die Reformpolitik in den östlichen Staaten sei auch eine Herausforderung an den Westen. Die Geschichte werde urteilen, ob diese bestanden werde und »wir die Chancen erkennen, die in dieser Entwicklung auch für uns liegen«. Dies erfordere, »dass wir auch unsere deutsche Verantwortung erkennen«:

»Alles, was Europa in West und Ost zusammenführt, führt auch die Menschen der unterbaren deutschen Nation zueinander. Alles, was Europäer voneinander trennt, das trennt nur eine Nation, die deutsche. Wir handeln in dem Bewußtsein, daß auch Jahrzehnte der Trennung aus dem einen Europa nicht zwei, aus dem einen deutschen Nation nicht zwei gemacht haben. Nationen gründen sich nicht auf Ideologien. Es gibt weder eine kapitalistische noch eine sozialistische deutsche Nation. Die eine deutsche Nation gehört zu den Realitäten, von denen bei dem Bau des europäischen Hauses auszugehen ist. Diese Realität findet ihre Bestätigung im Bewußtsein der Menschen in beiden deutschen Staaten.«⁶⁸

An die Adresse Ost-Berlins richtete Genscher eindringliche Worte:

»Die Führung der DDR sollte erkennen, daß die Verweigerung der Reformpolitik die wirkliche Ursache des großen Ausreisendangs vor allem junger Menschen ist. Diese jungen Menschen suchen eine Perspektive, eine Perspektive der Menschlichkeit, der Freiheit und der Individualität. Wir wollen keine Entvölkern der DDR, aber nicht wir können die Ursachen beseitigen, das können nur die Verantwortlichen in der DDR. Reformverweigerung in der DDR birgt aber auch die Gefahr von Instabilität und Isierung der DDR in einer immer breiteren Reformbewegung in Europa.

Wir wollen das nicht, wir wollen eine bessere Zusammenarbeit mit der DDR, eine Zusammenarbeit, die in der Vergangenheit gute Fortschritte für die Deutschen in beiden deutschen Staaten und für Europa gebracht hat.«⁶⁹

Genscher verwies auf die historische Aufgabe der Deutschen, »einen besonderen Beitrag zur Überwindung der Trennung Europas zu leisten«, und berief sich auf Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand, der kürzlich geäußert habe, dass dies aufgrund der geografischen Lage und der Geschichte Deutschlands nur allzuverständlich sei. Genscher erinnerte an die Verträge der Bundesrepublik aus den 1970er-Jahren mit Moskau, Warschau und Prag und an den Grundlagenvertrag mit der DDR, die die Schlussakte von Helsinki und den KSZE-Prozess erst möglich gemacht hätten. Für ihn waren dies Ausgangspunkte für die Entwicklung, »die es heute möglich erscheinen lassen, daß Europa wieder zusammenfindet«.⁷⁰

Das naheliegendste Motiv für seine Rede war die Vorbereitung des Terrains für die Lösung des ostdeutschen Flüchtlingsproblems in der Tschechoslowakei; nachdem es in Ungarn bereits geregelt worden war. Genschers Ausführungen sind vor dem unmittelbaren Hintergrund der intensiven Bemühungen um die Öffnung der Botschaft in Prag zu sehen. Am 23. September stand die Reise nach New York zur Generalversammlung der Vereinten Nationen an. Unmittelbar davor hatte er in Kaiserslautern, der Patentstadt der Flüchtlinge aus seiner Heimatstadt Halle an der Saale, vor deren Jahrestreffen gesprochen und sich noch in Interviews mit dem Rundfunk im amerikanischen Sektor (RIAS) und dem Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) geäußert. Die Botschaft der Rede in Wien bestand darin, »die Öffentlichkeit auf bedeutende Entwicklungen vorzubereiten, ohne die Gespräche über die Öffnung der Prager Botschaft negativ zu beeinflussen«. Wien erschien Genscher dafür »ein besonders geeigneter Ort«. Österreich hatte zusammen mit der Schweiz und Finnland »eine außerordentlich konstruktive Rolle bei den Verhandlungen über die Schlussakte von Helsinki und bei der daraus folgenden KSZE-Politik gespielt«. Genscher erinnert im Rückblick dabei an ein Gespräch mit dem britischen Botschafter in Bonn, der die Rede einige Tage später als »bemerkenswert« bezeichnete.⁷¹

5. DIE BEWÄLTIGUNG DER OSTDEUTSCHEN FLÜCHTLINGSBEWEGUNG UND DIE BEURTEILUNG DER REVOLUTIONÄREN EREIGNISSE IN DER DDR AUS ÖSTERREICHISCHER SICHT

Die deutsche Botschaft in Wien versorgte in der Zeit vom 10. Juli bis 13. November direkt rund 15.000 Flüchtlinge mit Geld, Fahrkarten und Ausweisen. Zusätzlich hatte das ÖRK ab dem 11. September an rund 5.000 oder mehr Personen Benzin geld à 700 ATSh ausgegeben. Mit Bussen des ÖRK oder aus Ungarn kamen mehr als 20.000 Flüchtlinge durch Österreich nach Deutschland, sodass die gesamte gezählte Flüchtlingswelle rund 40.000 Personen umfasste. Ungezählt blieben die vielen, die von westdeutschen Touristen aus Ungarn mitgenommen wurden oder direkt von der österreichisch-ungarischen Grenze von westdeutschen Verwandten abgeholt wurden. So waren es insgesamt bis zu 50.000 Flüchtlinge im Sommer und Herbst 1989, die ihren Weg in die Bundesrepublik durch Österreich gewählt hatten. Die Kosten der deutschen Botschaft im Haushaltsjahr 1989, darunter Zehrgeld, Hotelkosten, Fahrkarten, Bus- und allgemeine Betreuungskosten, betrugen rund 3,8 Mio. DM. Mit dem ÖRK wurden rund 1,5 Mio. DM abgerechnet, insgesamt war also ein Beitrag von 5,2 Millionen DM (rund 40 Millionen ATS) aufzubringen.⁷² Die deutsch-österreichisch-ungarische Kooperation hatte – ohne es zu ahnen beziehungsweise

⁶⁸ Ebd. (Hervorhebung im Original).

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ Persönlicher Brief von Hans-Dietrich Genscher an den Verfasser vom 4. Februar 2009.

und absichtsvoll bewusst so zu handeln – zur Verschärfung der Erosion des SED-Regimes beigetragen und war so teuer nicht gewesen.

Die Frage der Zusammenarbeit mit den Medien war für beide Seiten von Anfang an ein Drahtheitssakt. Einerseits war, wie Brühl betont, »ohne das Bild vom Durchschneiden des Stacheldrahts durch die beiden Außenminister, das durch die Welt ging, und die Reaktion der fluchtwilligen DDR-Bürger darauf der schnelle Zusammenbruch des Sozialismus in seiner kommunistischen Ausprägung undenkbar«. Das »tägliche Trommeln« der Medien durch Meldungen über die wachsende Zahl der Fluchtwilligen hielt den Druck der Öffentlichkeit auf die Politik, zu helfen, aufrecht. Ohne den Einfluss der Medien wären die Ereignisse des Sommers 1989 nicht vorstellbar gewesen. Angaben über Flüchtlinge mussten andererseits stets unterbleiben. Schon das Erscheinen vor der Fernsehkamera konnte Repressalien gegenüber den in der DDR zurückgebliebenen Verwandten der Flüchtlinge auslösen. Für Botschafter Brühl stand fest: »Ohne die schnelle Verbreitung der Nachricht über die Besetzung des Todesstreifens, vor allem das außerordentlich publikumswirksame Bild von der Durchtrennung des Stacheldrahts durch die beiden Außenminister am 27.6.1989 wäre es wahrscheinlich nicht so schnell zu der Flüchtlingsbewegung gekommen.⁷³

Bonn würdigte Wien: Dank und Sympathie wurden für die österreichische Hal tung zum Ausdruck gebracht. Kohl bedankte sich persönlich bei den Burgenländern. Am Ballhausplatz wurde registriert, wie die Bundesrepublik die »Mahnung beharrlicher Geduld«, die bleibende Westintegration, die aktive Beteiligung der BRD am europäischen Einigungsprozess und die »erleichterte Dankbarkeit« für Vertrauensbekundungen der Verbündeten, wie durch US-Präsident Bush, artikulierte.⁷⁴

Die Virulenz der Deutschen Frage im Herbst 1989 und die sich rasch anbahnende deutsche Einigung überraschten sowohl Österreichs Diplomatie und Politik als auch die öffentliche Meinung. Österreichs Botschafter in Ost-Berlin, Franz Wunderbaldinger, und Österreichs Botschafter in Bonn, Friedrich Bauer, waren Anfang September 1989 »übereinstimmend davon überzeugt, dass das Gerede [von der »Wiedervereinigung, M. G.] nicht ernst zu nehmen sei«: »Niemand in politischer Verantwortung«, so Bauer, strebe eine solche an. »Das Nebeneinander der beiden Staaten würde von praktisch allen akzeptiert. Das maximale und von fast allen politischen Parteien getragene Ziel einer ›Deutschlandpolitik‹ wäre lediglich, die zwischen diesen beiden Staaten bestehenden Kontakte auf allen Ebenen zu verdichten.«⁷⁵

⁷³ Ebd., S. 11 f.; Zitat hier S. 12; siehe Teltschik, Horst: 329 Tage. Innensichten der Einigung, Berlin 1991, S. 39.

⁷⁴ Schreiben der ÖB Bonn an das BMfA vom 10. November 1989 betreffend »BRD; Regierungserklärung des Bundeskanzlers zur Lage der Nation im geteilten Deutschland (8.11.1989)«, BMfA, ÖB Bonn 1989, GZ 21.56.02/2.A/89.

⁷⁵ Gehler, Michael: Österreich, die DDR und die Einheit Deutschlands 1989/90, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 5/57 (2009), S. 427–452; alle folgenden Zitate stammen aus: Information »Das

Wunderbaldinger machte deutlich, »dass es auch in der DDR keinen großen Druck zu radikalen Veränderungen gäbe. Mit plötzlichen Aufwallungen und Kursänderungen sei nicht zu rechnen. Weil er im Großen und Ganzen funktioniert, würde der Staat von der Bevölkerung auch akzeptiert.«⁷⁶ Gesandter Thomas Nowotny, der am Ballhausplatz in der Zentrale saß, bezweifelte all dies: »In beiden deutschen Staaten gibt es Anzeichen für eine grundsätzliche Änderung des politischen Klimas.« Verwiesen wurde auf den Historikerstreit in der Bundesrepublik, in dem »Deutschlands Kriegsschuld relativiert« worden sei, und die Infragestellung der polnisch-deutschen Grenze. Einen »DDR-Nationalismus« gebe es wahrscheinlich nicht, bestenfalls das Gefühl einer gewissen Heimatverbundenheit. An gewisse komfortable Einrichtungen, wie sichere Arbeitsplätze, billige Grundnahrungsmittel und Wohnungen, habe man sich zwar gewöhnt, das reiche aber nicht für eine eigene Identität aus. Die »Wiedervereinigung« stehe in Zukunft sehr wohl auf der politischen Tagesordnung beider deutscher Staaten, und die westeuropäischen Staaten könnten dagegen formal nichts einwenden.⁷⁷

Für die österreichische Diplomatie und Politik kam der Fall der Berliner Mauer völlig überraschend. In den ersten Wochen und Monaten nach dem 9. November wurde nicht mit der deutschen Einigung gerechnet. Das Thema war tabu. Die Begeisterung und Freude über die unerwarteten Ereignisse in Ostdeutschland hielten sich am Ballhausplatz in Grenzen.⁷⁸ Bauer fasste die Haltung Wiens so zusammen: »Wir haben weder gegen die Wiedervereinigung agitiert, noch haben wir sie in einem gewissen Zeitpunkt besonders begrüßt.«⁷⁹

⁷⁶ Gespenst der Wiedervereinigung« vom 19. September 1989, BMfA, Kt. ÖB Berlin (Ost)/Res 1989 (1-10)/24, GZ 22.17.01/4-II/6/89.

⁷⁷ Ebd. Der Berichterstatter Thomas Nowotny reagierte offensichtlich auf Überlegungen in puncto Neutralisierung Osteuropas, die in US-Medien aufgebracht bzw. revitalisiert worden waren, siehe Kristol, Irving: Why not Neutralize Eastern Europe?, in: International Herald Tribune vom 13. September 1989, S. 4; siehe auch Lenke, Christiane: Die Ursachen des Umbruchs 1989. Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR, Darmstadt 1991, S. 276–278; siehe auch Korte, Karl-Rudolf: Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989 (Geschichte der Deutschen Einheit in vier Bänden 1), Stuttgart 1998, S. 479–483; Weidenfeld, Werner/Wagner, Peter M./Brück, Elke: Außenpolitik für die deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/90 (Geschichte der Deutschen Einheit 4), Stuttgart 1998, S. 300–345. Zum deutschen Historikerstreit siehe Elvert, Jürgen: Erdmann-Debatte und Historikerstreit. Zwei Historikenkonroversen im Vergleich, in: Gehler, Michael/Böhler, Ingrid (Hg.): Verschiedene europäische Wege im Vergleich. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart. Festschrift für Rolf Steininger zum 65. Geburtstag, Innsbruck/Wien/Bozen 2007, S. 454–467.

⁷⁸ Das ist das einhellige Urteil der beiden Botschafter Bauer und Wunderbaldinger, die gleichzeitig Vertreter in Ost-Berlin und Bonn waren. Interviews von Michael Gehler mit beiden Botschaftern, Wien, 4. Mai 2007.

⁷⁹ Interview von Michael Gehler mit Friedrich Bauer, Wien, 4. Mai 2007.

Im Oktober und November 1989 nahm die Bundesregierung daher zunächst eine abwartende und dann eine deutlich akzentuierte, am Status quo orientierte, v. a. aber neutralitätspolitisch korrekte Haltung ein. Vranitzky versuchte bei gleichzeitigem Wohlwollen gegenüber dem Reformprozess in der DDR einen Beitrag zur Normalisierung, aber auch zur Stabilisierung des ostdeutschen Übergangsregimes und damit der bestehenden Verhältnisse zu leisten. Auf wirtschaftlichem Gebiet sollten die Beziehungen intensiviert werden und eine Verstärkung des bis dato betriebenen ökonomischen Bilateralismus erfolgen. Vranitzky war der erste westliche Staatsgast im Besuch bei der neuen DDR-Regierung unter Hans Modrow am 24. November 1989, wobei Österreichs Bundeskanzler auch der DDR-Opposition seine Aufwartung machte und West-Berlins Regierendem Bürgermeister Walter Momper einen Besuch abstattete.⁸⁰

Am 24. November hatte Kohl auf dem Zukunfts-Bundesparteitag der ÖVP in Graz eine Rede gehalten. Er war sich der Sensibilitäten angesehthus der deutsch-deutschen Entwicklungen beim südlichen Nachbarn bewusst und mahnte zur Vorsicht. Nach seiner Rückkehr aus Österreich bemerkte er im CDU-Bundesparteivorstand:

»Da ging ein Tirelbatt dieser Woche, dieses österreichischen Spiegels, ›profil‹, durch die Reihen der vielen, vielen Leute – es war eine für österreichische Verhältnisse Riesenveranstaltung –, ›Der schlafende Riese‹, und da sieht man die Bundesrepublik überernährt, aber wie sie jetzt die Muskeln spannt. Und dieses Bild ist symptomatisch für einen Teil dessen, was da herumgeht. Deswegen müssen wir, bei allem, was wir tun, mit sehr viel Klugheit vorgehen.«⁸¹

In seinem Zehn-Punkte-Programm vom 28. November schlug der deutsche Bundeskanzler Kohl vorsichtig-tastend nur konföderative Strukturen beider deutscher Staaten vor.⁸² Seine Verärgerung über den von Vranitzky und Finanzminister Ferdinand Laina angeregten »Ost-West-Fonds« musste er unterdrücken. Aufgrund der von Österreich ins Gespräch gebrachten 5 Milliarden Schilling (rund 710 Millionen DM) durfte Bonn zwar keine Sorge verspürt haben, da sie auch für Polen und nicht nur für die DDR geplant waren. Kohl befürchtete aber vielmehr, so Bauer, dass der österreichische Vorschlag zum Nukleus einer größeren westeuropäischen Stützungsaktion werden könnte, zumal auch eine Europäische Bank für Wiederaufbau

⁸⁰ Gehler, M. 2009, S. 430–435; als erste gehaltvolle Studie siehe Gron, S. 2005, S. 86–101; Gron folgend detailliert, umfassend und quellengesättigt: Graf, Maximilian: Österreich und die DDR 1949–1989/90. Beziehungen – Kontakte – Wahrnehmungen (ungedruckte Dissertation), Wien 2012, S. 793–840, hier S. 818–822.

⁸¹ Dokument vom 27. November 1989, in: Buchstab, G./Kleinmann, H.-O. 2012, S. 38f.

⁸² Weidenfeld, W./Wagner, P. S./Brück, E. 1998, S. 97–110.

und Entwicklung (European Bank for Reconstruction and Development = EBRD) im Entstehen begriffen war, um deren Sitz in Wien sich Vranitzky beworben hatte. Letztlich bekam London den Zuschlag. Modrows Bitte um finanzielle Unterstützung im Ausmaß von 15 Milliarden DM sollte bei seinem Besuch im Februar 1990 in Bonn von Kohl schroff abgelehnt werden. Der österreichischen Initiative war es um einen reibungslosen Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft im mittelständischen Bereich sowie um eine Sicherung und Hebung der österreichischen Konkurrenzfähigkeit gegangen.⁸³

Als am 26. Januar 1990 DDR-Ministerpräsident Modrow in Begleitung von Außenminister Oskar Fischer, Außenwirtschaftsminister Gerhard Beil und Tourismusminister Bruno Bentien zu einem Besuch in Österreich in Wien weilte, wurde die vorübergehende Suspensionsordnung der Visumspflicht geschlossen, die am 1. Februar in Kraft trat.⁸⁴

Beim Besuch des neu gewählten DDR-Ministerpräsidenten Lothar de Maizière in Wien am 25. Juli 1990 bewertete Vranitzky die Vereinigung der beiden deutschen Staaten bereits als Ereignis größter politischer Tragweite, das wie kein anderes die Überwindung der Teilung Europas verkörpere und gleichzeitig erlaube, eine tragfähige Friedensordnung an die Stelle der jahrzehntelangen Blockkonfrontation zu setzen.⁸⁵

III. ZUSAMMENFASSUNG

Österreich reagierte frühzeitig und aufgeschlossen auf die Reformbestrebungen in den mittel- und osteuropäischen Staaten. Stärkste Sympathien gab es für die Veränderungen in Ungarn, z. T. auch, aber schon weniger für die Situation in Polen, während die Entwicklungen in der Tschechoslowakei, Rumänien und Bulgarien skeptisch bis kritisch verfolgt wurden. Das Ende der DDR lag auf einer ganz anderen Ebene und sollte die Lage schlagartig ändern. Der Zusammenbruch der SED-Diktatur wurde in Wien mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Die österreichische Bundesregierung sprach nicht mit einer Stimme zu den deutsch-deutschen Veränderungen. Während Vranitzky (SPÖ) eine offene, gewogene bis freundliche Haltung einer reformorientierten DDR gegenüber zum Ausdruck brachte, setzte Mock

⁸³ Brief von Borschafter Friedrich Bauer an den Verfasser vom Juli 2007.

⁸⁴ Gebler, M. 2009, S. 437–443.

⁸⁵ Siehe die Chronologie 25. Juli 1990, in: Österreichisches Jahrbuch für Internationale Politik 1990, Wien 1991, S. 146, sowie auch das Dokument 10: Erklärung des österreichischen Bundeskanzlers, Dr. Franz Vranitzky, anlässlich der deutschen Einigung, Wien, 3. Oktober 1990, in: Österreichische außenpolitische Dokumentation. Texte und Dokumente November 1990 (BMfA), Wien 1990, S. 51f.

(ÖVP) mit klaren Bekenntnissen zur Politik Kohls andere Akzente. Großkoalitionär Dössens war unverkennbar. Die unterschiedliche Haltung der österreichischen Regierungsspitzen zur deutsch-deutschen Entwicklung war auch in den verschiedenen Herangehensweisen zur EG begründet. Mock forcierte den EG-Beitrittskurs und zählte hier auf die bundesdeutsche Unterstützung, wie er sich auch frühzeitig positiv für Kohls Deutschlandpolitik aussprach. Vranitzky agierte mit Blick auf den EG-Beitrittsantrag bedachtsam und vorsichtig – stets unter Betonung und strikter Wahrung der staatlichen Neutralitätspolitik. Das hatte seine stärker statistisch-ökonomisch-pragmatische Herangehensweise an die Reformbewegungen in Mittel- und Osteuropa zur Folge, während Mocks Haltung stärker von antikommunistischen, d.h. ideologischen, aber auch humanitären und kultурpolitischen Motiven getragen war. Die ÖVP war mit Busek und Mock in der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre mehr mittel- und osteuropaorientiert als die SPÖ unter Vranitzky. Abgesehen von der für alle Beteiligten überraschend schnell einsetzenden deutschen Einigungsbewegung wurden die Veränderungen in den übrigen Staaten erstaunlich richtig beurteilt.

Für Kohl war drei Wochen nach vollzogener deutscher Einheit am 22. Oktober 1990 im Bundesparteivorstand der CDU völlig klar, dass von Budapest und Wien ausgehend europäische Geschichte geschrieben worden ist, von der er auch politisch profitieren sollte, wenn er festhielt: »Aus meiner Sicht stellt sich in diesem Jahrhundert zwischen der Öffnung der österreichisch-ungarischen Grenze – denn das war der Anfang des schnellen Endes des Honecker-Regimes, Anfang September 1989 – und der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 1994 eine geschichtliche Herausforderung.⁸⁶ Es sollen jene Jahre sein, die Helmut Kohl dank der Vorgänge zwischen Österreich und Ungarn im Frühjahr und Sommer 1989 sowie einer gejungenen Dreiecksbeziehung Bonn – Wien – Budapest zum Architekten des neuen Europas werden ließen.⁸⁷ Entscheidend politisch in den Gang der Geschichte eingreifen konnte Österreich lediglich im Vorfeld der Maueröffnung in Berlin durch das symbolische Aufschneiden des Eisernen Vorhangs und die gewährte Fluchthilfe und Unterstützung für die Ostdeutschen. Das österreichisch-ungarische Vorspiel im Sommer 1989 war allerdings wesentlich für die Rasanz der Entwicklung im Herbst 1989 in Deutschland.

⁸⁶ Dokument vom 22. Oktober 1990, in: Buchstab, G./Kleinmann, H.-O. 2012, S. 192.

⁸⁷ Vgl. das aufschlussreiche und umfassende Kapitel »Der Architekt des neuen Europa (1991–1998)«, in: Schwarz, H.-P. 2012, S. 619–862.